

Ihre EJZ heute



Über ein Jahr nach dem verstörenden Vorfall vor dem Privathaus eines Polizeibeamten in Hitzacker haben wir jetzt mehr Klarheit: Strafrechtlich relevant ist von dem, was da vorgefallen ist, laut Staatsanwaltschaft Lüneburg offenbar nichts (siehe Artikel rechts). Beide beteiligte Seiten müssen sich im Nachhinein fragen lassen, ob es das wert war: Haben die Demonstranten, die mit ihrer Aktion wenig Sympathien in der Öffentlichkeit gewonnen haben, ihr Ziel wirklich erreicht? Der Fokus ihrer Aktion, das angeblich aggressive Vorgehen des Beamten gegen die linke Szene im Wendland anzuprangern, verblasste jedenfalls völlig bei den Ereignissen vor Ort. Und wenn es Stand jetzt zwar einen juristischen Persilschein für das Vorgehen der Demonstranten gibt, so bleibt doch die moralische Dimension: Eine große Mehrheit der Bundesbürger lehnt eine solche Vermengung von dienstlichem Verhalten und Privatsphäre ab. Das ist einfach nur: hässlich. Dafür gibt es andere Wege. Und muss sich andererseits die Polizei nicht den Vorwurf gefallen lassen, dass sie in der Mai-Nacht überreagiert hat? Womöglich nur, weil es um einen Kollegen ging und der nüchterne Blick auf die Aktion verstellt war? Auch die überregionalen Medien spielten vor einem Jahr mit ihrer Berichterstattung eine unglückliche Rolle. Vieles war überzeichnet. Und die EJZ? Der Presesrat prüfte aufgrund einer Beschwerde und konnte „an keiner Stelle der Berichterstattung vorverurteilende Formulierungen erkennen“. Auch die Schilderung des kompletten Vorgangs sei „aus presseethischer Sicht nicht zu kritisieren.“

Ihr Jens Feuerriegel
Sie haben Fragen oder Kritik? Sie erreichen die EJZ werktags zwischen 8.30 und 18 Uhr unter Telefon (05841) 127160.



Festnahmen nach der Demonstration am 18. Mai 2018 in Hitzacker. Von den Vorwürfen gegen die Demonstranten ist jedoch nichts übrig geblieben: Die Staatsanwaltschaft hat die Verfahren gegen die Beschuldigten allesamt eingestellt.

Archivaufn.: R. Groß

„Gewaltbereiter Wille fehlte“

VON JENS FEUERRIEGEL

Hitzacker. Pfingsten 2018 rückte das beschauliche Elbestädtchen Hitzacker in den Fokus bundesweiter Schlagzeilen. Linke Demonstranten hatten vor dem Privathaus eines Kriminalbeamten protestiert und Lieder gesungen. Der Privatbesuch bei einem Beamten ließ einige Medien, Polizei, vor allem aber auch Politiker wie Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), von einer „neuen Dimension der Gewalt“ sprechen, obwohl die Ermittlungslage lange Zeit sehr unübersichtlich war. Monatlang hat die Staatsanwaltschaft Lüneburg ermittelt: in Richtung Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und wegen versuchter Nötigung. Stand jetzt ist klar: Von den Vorwürfen bleibt nichts übrig. Sagt jedenfalls die Staatsanwaltschaft Lüneburg, die alle Verfahren gegen die Beschuldigten eingestellt hat – mangels Tatverdacht oder wegen Geringfügigkeit. Allerdings habe der Anzeigenersteller gegen diesen Beschluss Beschwerde eingelegt, teilt Staatsanwältin Wiebke Bethke mit.

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg stellt die Verfahren gegen die Demonstranten vor dem Haus eines Polizisten in Hitzacker ein: kein hinreichender Tatverdacht. Der Antragsteller legt dagegen Beschwerde ein

Das Gesamtverfahren ist also offiziell noch nicht abgeschlossen. Die 64 Beschuldigten sind deswegen auch noch nicht offiziell darüber informiert. An der Klarheit, mit der die Staatsanwaltschaft die Vorwürfe zerhäkelt, ändert dies jedoch erst einmal nichts.

Happening oder „Grenzüberschreitung“?

Es war der 18. Mai 2018, Kulturelle Landpartie (KLP) im Wendland. Über 60 zum Teil verummte Personen nutzten diesen Rahmen für eine ganz besondere Land-/Stadtpartie und statteten dem Privathaus eines hiesigen Kripo-Beamten einen Besuch ab. Die linken Demonstranten sahen sich durch „aggressives Auftreten, Observationen und Hausbesuche“ besonders von diesem Beamten seit Jahren eingeschüchtert und wollten

sich mit der Aktion offenbar revanchieren. Die Protestgruppe sang Lieder, skandierte Parolen und irgendwer tackerte Wimpel an das Holz des Carports. Die Demonstranten stellten ihre Aktion als „Happening“ dar. Zu Hause waren damals die Ehefrau des Polizisten und die Kinder. Die Polizei nahm daraufhin rund 60 Personen aus der Protestgruppe fest. Deren Teilnehmer beschwerten sich noch heute über das rüde Vorgehen der Beamten. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) sprach dagegen von einer „unfassbaren Grenzüberschreitung“ der Protestierenden.

Kein „friedensstörender, gewaltbereiter Wille“

Die Staatsanwaltschaft stellt nunmehr fest: Die Anfangsverdächtigungen haben sich „nicht zu einem hinreichenden Tatver-

dacht verdichtet“. Die Ermittler stellen in einer internen Verfügung, die der EJZ vorliegt, fest, dass die lauten Tackerschläge beim Anbringen der Wimpel an dem Carport keine Gewalttätigkeit gegen Sachen oder eine Bedrohung von Menschen darstellen.

► dass sich gar nicht feststellen ließ, wer aus der Gruppe heraus das Grundstück betreten und die Wimpel an das Carport getackert habe.

► dass es fraglich sei, ob die „Substanzverletzung“ am Carport überhaupt die Erheblichkeitsgrenze für eine Sachbeschädigung überschritten habe.

► dass eine „Zusammenrottung“ der Beschuldigten am ehemaligen Erkundungsbergwerk in Gorleben nicht „hinreichend sicher“ festzustellen sei.

► dass die Zusammenkunft friedlich verlief, „sodass es an einem nach außen erkennbar friedensstörenden, also gewaltbereiten Willen“ gefehlt habe.

► dass sich „ein hinreichender Tatverdacht für eine versuchte Nötigung“ ebenfalls nicht begründen lasse, weil es nicht auszuschließen sei, dass es sich bei der Aktion „lediglich“ um eine

Protestaktion gegen eine unter Mitwirkung des Beamten ausgebrachte polizeiliche Maßnahme gehandelt habe.

► dass der Tatbestand des Hausfriedensbruches nicht greife, weil das Grundstück frei zugänglich war.

► dass die „vom Auftreten der Gruppe augenscheinlich ausgehende einschüchternde Wirkung (...) noch keine tatbestandmäßige Körperverletzung“ darstelle.

Entschuldigung von Seehofer gefordert

Die Demonstranten vom 18. Mai 2018 fordern nach den Ermittlungen eine Entschuldigung von Bundesinnenminister Seehofer, was die Äußerung einer angeblich „neuen Dimension der Gewalt“ angehe. Gleichzeitig beschwert sich die linke Szene über das „vollkommen unangemessene und absurde Polizeiaufgebot“ während der jüngsten KLP: „Ständig bewegten sich zahlreiche Polizeikonvois durch den Landkreis und kontrollierten scheinbar willkürlich Personen und Fahrzeuge. Insbesondere rund um den Gasthof Meuchefitz war die Polizeipräsenz besonders hoch.“

Wo radelt es sich am besten?

Klimaschutzleitestelle möchte mit Radlern digitale Radwegekarte erstellen

Lüchow. Franziska Dittmer von der Klimaschutzleitestelle der Kreisverwaltung fährt täglich von Weitsche aus in ihr Büro im Alten Postamt in Lüchow. 22 Minuten braucht sie mit ihrem Pedelec. Von Weitsche aus fährt sie „hinten rum“ auf einem Wirtschaftsweg nach Rehbeck, ab dort auf der Kreisstraße, dann unter der Umgehungsstraße durch auf den Rehbecker Weg, um sich von dort durch die Stadt zu schlängeln. Die Kreisstraße

würde sie wegen des Autoverkehrs gern meiden, es gibt da auch einen Feldweg, der für Radfahrer aber nicht ideal ist. Wenn der asphaltiert wäre, dann ...

Solche Lückenschlüsse könnten Radfahrern oft das Leben leichter und auch sicherer machen – was wiederum dazu führen könnte, dass sich mehr Menschen für ihren Weg zur Schule oder Arbeit aufs Rad schwingen, sagt Dittmer. Solche Lückenschlüsse seien womöglich auch die kostengünstigere Alternative zu Radwegen an Straßen. Zentrale Frage sei: „Wo gibt es Bedarf, und wo ist eine Investition sinnvoll?“ Solche noch zu schließenden Wege-Lücken zu finden, ist auch ein Ziel der „digitalen alltagstauglichen Fahrradkarte“ für

Lüchow-Dannenberg. In erster Linie soll die kostenlos nutzbare Karte allen radfahrenden Menschen aber aufzeigen, „welche Radwege im Alltag gut nutzbar sind“, sagt Dittmer.

Die Karte will die Klimaschutzleitstelle zusammen mit den Radfahrern mittels einer App entwickeln. Radfahrer, so Dittmer, wüssten schließlich selbst am besten, welche Radwege im Alltag gut zu befahren sind, wo

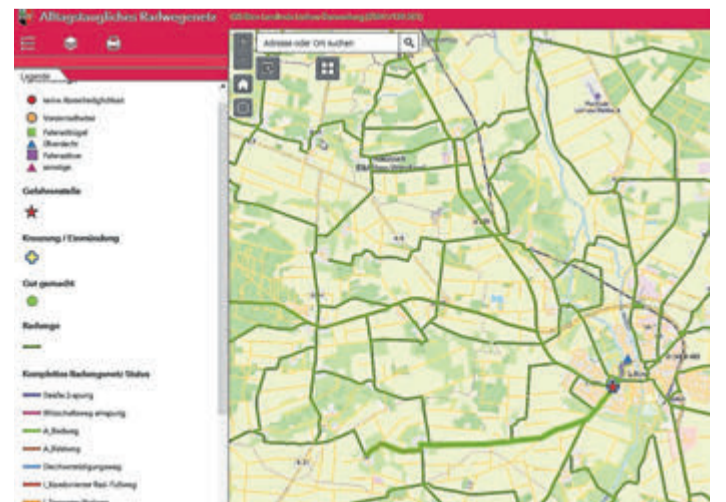
DIGITALE RADWEGEKARTE

Einführung in die App

► **Donnerstag, 27. Juni, 18 Uhr, Inselküche in Hitzacker**

► **Montag, 1. Juli, 18 Uhr, PostLab in Lüchow, Salzwedeler Straße 13**

Mängel oder Gefahrenstellen bestehen. Mit Hilfe von vordefinierten Bewertungskriterien kann jeder und jede Alltagsradwege in der digitalen Karte kennzeichnen und einstufen. Wer mitmachen möchte, braucht nur ein Fahrrad und einen PC mit Internetzugang. Eine Einführung in die App und die Bewertungskriterien wird die Klimaschutzleitstelle auf zwei Einführungsveranstaltungen geben (siehe Infokasten). Wer sich beteiligen will – und Dittmer hofft auf viele Mitstreiter –, erhält nach einer Registrierung einen Zugang zur App. Ab Sommer soll dann zehn Wochen lang bis Mitte September kartiert werden. Eine jährliche Aktualisierung ist geplant. by



Noch ist die geplante digitale alltagstaugliche Fahrradkarte im Rohzustand. Lob, Tadel und Verbesserungsvorschläge können Radfahrer ab dem Sommer eintragen. Wie das geht, wird auf zwei Veranstaltungen in Hitzacker und Lüchow vermittelt.

Aufn.: Landkreis Lüchow-Dannenberg